

Berliner Tageblatt

Die in vorliegender Ausgabe enthaltene Nummer ist die Nummer des Monatsheftes.

und Handels-Zeitung

Verlag: Robert Wolff in Berlin.
Satz und Druck von Rudolf Wolff in Berlin.

Der Demonstrationstreif der Lebensmittelhändler.

73000 Geschäfte geschlossen.

Der Streif der Nahrungsmittelhändler, der für heute 10 Uhr vormittags angefangen war und bis 10 Uhr nachmittags andauern soll, ist in Berlin im Laufe der vergangenen Tage, nach einer oberflächlichen Schätzung, haben etwa 80 Prozent der Lebensmittelhändler für sechs Stunden ihre Betriebe geschlossen, um auf diese Weise gegen die Kommunalisierung der wichtigsten Nahrungsmittelbetriebe zu demonstrieren. Wie haben unseren Standpunkt in dieser Frage bereits im heutigen Morgenblatt festgelegt. Es wird durch einen solchen Streif an den Schwerepunkten der Lebensmittelversorgung, die letzten Endes ganz anders zu liegen sind, wenig geändert werden.

Eine aus den Kreisen der Nahrungsmittelhändler informierte Korrespondent teilt mit, daß etwa 75 000 Geschäfte, Bäckereien, Metzgereien, Kolonialwarenhandlungen, Obst- und Gemüsegeschäfte ihre Türen geschlossen haben. Die betreffenden Händler hatten in ihren Geschäften Plakate angebracht, in denen sie die Gründe ihres Streikvertrages ausdrückten und auf die Gefahren hinwiesen, die den Konsumenten aus einer Kommunalisierung erwachsen würden. Die Bevölkerung selbst, die auf den Streif vorbereitet war, wurde durch die Schließung der Geschäfte beinahe gar nicht berührt, denn das wenige, was überhaupt in öffentlichen Läden zu finden ist, konnte in der Zeit zwischen 8 und 10 Uhr leicht bezogen werden, und der Schließungsstreif, der allen Lebensmittelbetriebe zum Trotz auch heute noch in der Hauptstadt die Nahrungsmittelversorgung des weit überwiegenden Teiles der Bevölkerung nicht, heute selbstverständlich sich dem Demonstrationstreif nicht angegeschlossen. So blieb das Straßenbild in Berlin trotz der vielen geschlossenen Geschäfte äußerlich ganz unverändert. Während im Westen, Süden, Südwesten, in einem großen Teil des Nordens und in allen Bezirken der Stadt ruhig durchgeführt werden konnte, haben im Osten und im äußersten Norden der Stadt die Demonstrationen von einer Schließung ihrer Geschäfte Abstand nehmen müssen, da die Bevölkerung jener Gegenden durch Flugblätter aufgefordert, sich einstimmig dafür ausgesprochen hatte, die streikenden Geschäfte überhaupt zu unterstützen. Auch die Marktallianzhändler erließen von dem Hauptstreif des Streiks auszugehen, die die Wirkung, ihre Stände offen zu halten, um auf diese Weise Zwischenfälle, die der Bewegung schädlich sein könnten zu verhindern. Wie bereits berichtet, fanden in vier großen Lokalen in den Mittagsstunden

Veranstaltungen
hast, die von vielen Tausenden von Lebensmittelhändlern besucht waren. In allen diesen Veranstaltungen wurde die bereits im

Der holländisch-belgische Konflikt.

Die belgischen Annexionsbestrebungen in Limburg und an der Schelde.

J. S. Die Thronrede, mit der die Königin Wilhelmina gestern die neue Tagung der Generalstaaten eröffnete, enthielt in ihrem, den auswärtigen Beziehungen gewidmeten Teil einen sehr auffallenden Passus. Sie stellte die Befriedigung über den Stand dieser Beziehungen nach dem Kriegsausgang fest. „Nur“, fügte sie hinzu, „sei das Land in eine Streitfrage mit Belgien verwickelt worden, die die Beziehungen zu Belgien beeinflusst und die Regierung veranlaßt habe, für die Rechte und Interessen der Niederlande und ihrer Selbstständigkeit nachdrücklich einzutreten.“ Eine Betonung der unigen Gemeinschaft mit den Provinzen Limburg und Zeeländisch-Flandern und der nationalen Einheit schloß sich daran. Eine Rede des Präsidenten der Zweiten Kammer unterläßt diese Kundgebung. Er sprach offen von dem Scheitern der Versuche niederländisches Gebiet abzutrennen, und erklärte überdies, daß die Regierung bei ihrer Politik, die Selbstständigkeit und Integrität des Staatsgebietes zu sichern, das ganze Volk hinter sich habe.

Über die diplomatischen Gepllogenheiten kennt man sich fügen, daß diese Erklärung bis zu hervorragendem Anlaß an Deutlichkeit und Entschiedenheit kaum überboten werden kann. Daraus ist zu folgern, daß die Regierung von der Notwendigkeit dieser Kundgebung im gegenwärtigen Augenblick überzeugt gemeinlich war. Die Beziehungen zu Belgien sind immerfort, ja freundschaftlich geworden, wenn auch die Öffentlichkeit von Frankreich unterstützten Versuche, eine enge Verbindung zwischen den beiden Nachbarstaaten zustande zu bringen, vor einer Reihe von Jahren eben um ihres Verfalls willen von der Mehrzahl der Holländer ziemlich kühl aufgenommen worden sind. Während des Krieges haben die Beziehungen wegen der natürlichen starken Sympathien der Niederlande mit dem ungerührt überfallenen Genossen im Kreise der kleineren Staaten an Festigkeit nur zugenommen. Regierung und Bürger Hollands haben auch reichlich Gelegenheit gehabt, diese Festigkeit durch eine großartig ausgeübte Gastfreundschaft gegenüber den taufenden belgischer Flüchtlinge bis über den Waffenstillstandsabschluß hinaus zu bestätigen. Woher nun die plötzliche Spannung? Um was handelt es sich?

In Holland hat man, wenn man das Ding beim rechten Namen nennen soll, die Empfindung, daß Belgien, durch die glücklichen Kriegsausgänge und seine Stellung im Kreise der großen Siegerstaaten, sich noch nicht abgefunden hat, in einem Anfall von Größenwahn die Zeit für gekommen halte, das kleinere, nicht über so starke „große Brüder“ verfügende Holland seinen Wünschen gefügig zu machen. Von Belgien ist die Aufforderung zu den nun schon seit Monaten schwebenden Pariser Verhandlungen über die Revision der Bestimmungen von April 1871 ausgegangen. Die Verhandlungen, die noch nicht abgeschlossen sind und noch zu gar keinem Resultat geführt haben, sind nicht öffentlich. Aber es ist kein Geheimnis mehr, daß ihr eigentliches Ziel die Verwirklichung eines doppelten belgischen Annexionsplans gewesen ist. Dieser erstreckte sich auf den zwischen der Maas und der deutschen Grenze gelegenen Limburg-Zustriß, des holländischen Staatsgebietes und der Provinz Zeeländisch-Flandern, die es bezweckt, das ganze Mündungsgebiet des Rheins und damit der Wasserweg nach Antwerpen der holländischen Souveränität unterstellt. Die beiden Forderungen, die diplomatisch verhängter in der Formel „Freier Ausweg zur See durch die Schelde und den Gent-Terneuzen-Kanal“ und „militärische Garantien in Limburg zur Befriedigung dieser Provinz“ gefaßt wurden, sind militärisch, freizeitspezifischer Natur. Sie werden ganz besonders und nachdrücklich von der französischen Presse und der französischen Politik unterstützt, und zum Teil tritt dabei Belgien tatsächlich nur als Werkzeug seiner Entgegenkommen auf. Wenigstens wird dies von belgischstämmiger Seite von der „Presser „Standard“ zugestanden, welche schreibt: „Die Ziele der Verhandlungen gehen weiter, als auf die einfache Sicherung Belgiens, sie sind ein Teil eines großen imperialistischen Plans, dessen Träger Frankreich und bei dem Belgien nur der Mitläufer ist.“

Die holländische Regierung, die bei den Pariser Verhandlungen durch den früheren Minister des Auswärtigen, Mars van Swinderen vertreten ist, hat in allem, was die wirtschaftliche Seite der Angelegenheit, die Verbesserung der Schiffahrtsmöglichkeiten usw. betrifft, großes Entgegenkommen gezeigt. Aber sie ist durch die Belgier selber verdrängt worden, in der militärisch-politischen Frage, die sich namentlich an die Limburg betreffende Forderung knüpft, überhaupt den Weg der Zugeständnisse zu betreten. Denn hat da einen sehr merkwürdigen Zwischenfall gegeben, der aller Welt klar machte, daß wirklich der extensive Antrag der belgischen Annexionisten hinter der Aktion der Brüsseler Regierung steht, und der tatsächlich ganz Holland in einer Entzweiung zusammengeschlossen hat, die dieser Lage in einer aus dem ganzen Lande befehligen Massenversammlung im Saager Dierentuin zum Ausdruck gekommen ist. Der Zwischenfall betraf in dem Bekannwerden einer am 20. Mai d. J. datierten „gehobenen Zehnender“ des Ministers des Auswärtigen Paul Vanmans an das belgische Staatsquartier. Das Schriftstück enthält sehr genaue Anweisungen für die belgischen Agenten, die in der holländischen Provinz Limburg zur Vorbereitung der Rückgabe dieser Provinz an das Mutterland (à préparer le retour de cette province à la Méropole) tätig sein sollen. Die Veröffentlichung wirkte natürlich in Holland wie eine Bombe. Die Mauer,

Abchluß der Hauptberatungen des Obersten Rates

Festsetzung des bulgarischen Vertrages.

Paris, 16. September. (M. T. W.)
In dem diplomatischen Lagebericht heißt es u. a.: Der Oberste Rat hält dafür, daß seine Hauptaufgabe jetzt erfüllt ist. In der Mittwochsitzung wird der bulgarische Vertrag endgültig erledigt und die Ungarn aufzufordernden Bedingungen festgelegt werden. Es ist imhören keine Rede davon, dies zu übermitteln, bevor in Budapest eine dem Vorkursen entsprechende Regierung gebildet ist.

England wird bei den nächsten Beratungen durch den Bevollmächtigten Minister Sir Eyre Crowe vertreten werden, der indessen nicht so ausgedehnte Vollmachten hat wie die Delegierten auf der Konferenz.

Der Rat hat den alliierten Militärmissionen in Budapest Bestimmungen zugehen lassen, durch die sie aufgefordert werden, eine dringende Gendarmerie zu rekrutieren, um die Ordnung in Ungarn nach Zurückziehung der rumänischen Truppen zu sichern.

Beginn der Debatte über den Friedensvertrag im amerikanischen Senat.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
Washington, 17. September.
Aus Washington wird gemeldet: Senator McCumber reichte das Gutachten der Minorität im Senat ein. Das Gutachten forderte die

Annahme des unveränderten Friedensabkommens, macht aber Vorbehalte bezüglich der Interpretation für die Anzahl der britischen Stimmen im Völkerbund.

Was drahtlos aus Washington gemeldet wird, hat am Montag nachmittag in amerikanischen Senats die Debatte über den Friedensvertrag begonnen. Es wurde mit einer Rede des demokratischen Senators Jones aus Neimexico eröffnet, der energisch auf die Annahme des Vertrages ohne Änderungen drang. Senator Jones sagte, daß die Senatoren, die gegen die unbedingte Ratifikation des Friedensvertrages seien, das Volk gegen den Friedensvertrag und den Völkerbund aufwiegen, und daß der Friedensvertrag und der Völkerbund nicht gemacht werden, wenn man den von der Mehrheit des Senats beabsichtigten für autoritative Angelegenheiten angenommenen Vorbehalt annahme.

Nach Werbung des „Zeit Journal“ aus New-York erklärte Hoover bei seiner Ankunft, Amerika müßte wenigstens 50 Prozent der Nahrungsmittel nach Europa schicken, die Europa für seine Ernährung notwendig habe. Das könne aber nicht geschehen, bevor das Land sich nicht im Friedenszustand befinde, und es sei unmöglich, diese Vorkerungen ohne den Völkerbund auszuführen.

„Echo de Paris“ veröffentlicht eine Nachricht, aus der man entnehmen kann, daß die Frage, ob Deutschland zur internationalen Washingtoner Konferenz für Arbeiterrecht zugelassen werden soll, noch nicht endgültig entschieden ist. Der Oberste Rat habe den Entschluß gefaßt die Entscheidung darüber der Konferenz selbst zu überlassen.

Matrosen der in Stume befindlichen italienischen Kriegsschiffe zugeteilt. Washington wird gemeldet: Der italienische Botschafter hat dem Staatssekretär des Auswärtigen Vaning mitgeteilt, daß die italienische Regierung die Zuehung von Stume durch d'Annunzio nicht billige und daß sie d'Annunzio und seine Anhänger als Rebellen behandelt werde.

Der amerikanische Botschafter in Berlin.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)
Washington, 17. September.
Holländisch New-York-Bureau meldet aus New York: „George Mac Kenen, der Chefredakteur der „New York Times“, ist zum amerikanischen Botschafter in Berlin bestimmt worden. Die formelle Ernennung wird bald nach der Ratifizierung des Friedensvertrages veröffentlicht werden.“

Das Vorgehen gegen d'Annunzio.

Große Begeisterung in Creff. — Zuzug neuer Freiwilliger nach Stume.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Aus Rom wird gemeldet: Heber Stume ist nichts Neues zu berichten. In ihren und Salomonen ist höchste die Erhebung angedeutet gefühl worden. General Sargatio, der Chef des Generalkommandos, ist heute morgen nach Bolofa abgereist, um persönlich die genaue Durchführung der erteilten Befehle zu kontrollieren und energische Maßnahmen zur Beendigung der unruhigen Zustände zu treffen. Er hat auch Offizieren, den Abgordneten von Stume empfangen und ihn gesehen, nach Stume zu fahren und dafür zu sorgen, daß keine irgendwelchen Handlungen gegen die Bundesgenossen begangen werden. Auch den neuesten Nachrichten betragt die Zahl der italienischen Soldaten, die in Stume eingetrückt sind, ungefähr 1000. Zu ihnen haben sich noch Gruppen von